

Fehlende Fördermittel für Biberberater

Freistaat streicht Gelder: Seit mehr als 20 Jahren erfolgreiches Modell steht auf der Kippe

Von Leonie Hammerl

Landkreis. Seit mehr als 20 Jahren sorgen ehrenamtliche Biberberater im Landkreis Landshut für ein gutes Zusammenleben von Mensch und Biber. Doch der Freistaat hat jetzt die Fördermittel für das Bibermanagement 2024 und 2025 eingestellt – rund 15 Millionen Euro fehlen. Nun muss der Landkreis reagieren.

In einer Sitzung des Umweltausschusses gab Landrat Peter Dreier (Freie Wähler) kürzlich bekannt, dass Gelder für Naturschutzprojekte fehlen. Dabei erläuterte er die Situation zusammen mit Sachgebietsleiter für Naturschutz, Ulrich Wamprechtshammer. Die fehlenden Fördermittel sind ein Resultat der Haushaltssperre der bayerischen Staatsregierung. Dadurch fehlen in Bayern jährlich sechs Millionen Euro beim Naturschutz.

Da der Freistaat Bayern finanzielle Ausgleichszahlungen beispielsweise für durch Biber entstandene Schäden leistet, würde der Schaden auf den Landkreis zurückfallen. Außerdem zahlt der Freistaat eine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Biberberater. Dreier möchte auf keinen Fall, dass der Landkreis dauerhaft für staatliche Aufgaben einspringt, sagt er.

Die Mitteilung, dass keine Gelder mehr für Projekte aus dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz verfügbar sind, sei Ende 2024 gekommen. Da die Auszahlung zum Jahresende erfolge, stelle sich für Dreier die Frage, warum das Umweltministerium nicht früher reagiert hat, wenn bereits klar war, dass es kein Geld dafür gibt.

Im Landkreis Landshut gibt es rund 20 Biberberater. Daneben gibt es auch weitere Ehrenamtliche, wie Hornissenberater und Berater für Gebäudebrüter. Diese sind ebenfalls von den fehlenden Geldern betroffen. Ohne die Biberberater gäbe es große Probleme, denn sie bieten eine gute Unterstützung, erklärte



Biber gestalten sich die Landschaft selbst und schaffen dadurch auch für viele Pflanzen und andere Tiere einen geeigneten Lebensraum.

Foto: Patrick Pleul/dpa

Dreier. Er habe deshalb beim Kommunalforum deutlich gemacht, dass 2026 wieder Gelder verfügbar sein müssen, da es keine schlechende Übernahme der staatlichen Aufgaben geben solle. Auch der Bund habe zusätzlich Haushaltsmittel gesperrt. Als Reaktion darauf gab es vor allem vom Landschaftspflegeverband einen großen Aufschrei.

Dreier führte aus, das Erfolgsmodell bestehe seit mehr als 20 Jahren und sollte nicht so abrupt enden, da die Thematik auch weiterhin besteht. Zudem solle man laut Dreier froh darüber sein, wenn Menschen ehrenamtlich tätig sind. Klar ist: Für 2025 gibt es keine Gelder. Jetzt wird gehofft, dass der Freistaat einlenkt. Der Landkreis beschloss aufgrund dessen einstimmig, dass die Gelder einmalig überbrückt wer-

den. Biber stehen unter Naturschutz, da sie im 19. Jahrhundert großflächig ausgerottet wurden. Die Nager schützen das Ökosystem und tragen zur biologischen Vielfalt bei. Sie schaffen sich ihren eigenen Lebensraum und passen sich an die Umwelt an. Dadurch kommt es immer wieder zu Konflikten beispielsweise in der Landwirtschaft. Manchmal stellen sie auch ein Risiko für die Verkehrssicherheit dar. In solchen Fällen werden Biberberater gerufen, um zu helfen.

Warum Biberberater eingesetzt werden

Biberberater vermitteln zwischen Mensch und Tier. Ihre Aufgabe ist es, die bestmögliche Lösung für beide Seiten zu finden. In Ausnahme-

fällen können die streng geschützten Tiere auch entnommen werden, zum Beispiel, wenn es eine drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit gibt, wie es bei unterhöhlten Straßen der Fall ist. Biberberater arbeiten ehrenamtlich, bekommen jedoch eine Aufwandsentschädigung. Außerdem sind sie unfall- und haftpflichtversichert. Ausbilden lassen kann man sich in einem mehrtägigen Lehrgang an der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege.

Das Bibermanagement soll Konflikte vermeiden beziehungsweise minimieren und zielt darauf ab, die Bedürfnisse von Mensch und Natur in Einklang zu bringen. Es beruht auf Beratung, Prävention, Zugriffsmaßnahmen und Ausgleichszahlungen.